

Kleine Anfrage

des Abg. Ruben Rupp AfD

Nachfrage Zwischenbilanz der Zuwanderung aus der Ukraine für Baden-Württemberg

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Fälle sind ihr bekannt geworden, in denen sich Migranten als Ukrainer ausgegeben haben, die tatsächlich aber Staatsbürger eines anderen Staates waren?
2. Wie viele Personen gaben an, aus der Ukraine zu kommen, waren aber keine Ukrainer, sondern Drittstaater mit einer ukrainischen Aufenthaltserlaubnis, und aus welchen Drittstaaten stammten diese?
3. Wie viele Personen gaben an, aus der Ukraine zu kommen, konnten das aber nicht glaubhaft machen und stammten offensichtlich aus Drittstaaten, und aus welchen Drittstaaten?
4. Wie viele Fälle von Sozialbetrug konnte sie feststellen, in denen zu Unrecht Sozialleistungen bspw. aufgrund des Verschweigens einer zweiten, bspw. ungarischen Staatsangehörigkeit, erlangt wurden (bitte in diesem Kontext auch auf das Phänomen ungarischer Sinti und Roma mit doppelter Staatsangehörigkeit eingehen; Quelle: „Druckfrische Pässe: Sozialbetrug bei Ausweisdokumenten von Geflüchteten aus der Ukraine?“ abendzeitung-muenchen.de, 8. November 2023)?
5. Wie viele Rücknahmen oder Widerrufe von Aufenthaltstiteln aufgrund von Falschangaben wurden in Bezug auf Ukrainer in den Jahren 2022 und 2023 durchgeführt?
6. Wie viele Personen wurden seit Beginn der Fluchtwelle aus der Ukraine als ukrainische Flüchtlinge mit nachweisbarer ukrainischer Staatsangehörigkeit registriert bzw. woanders registriert und sind nach Baden-Württemberg gekommen?
7. Hat sie mittlerweile nähere Anhaltspunkte dafür, ob und ggf. wie viele Ukraine-Flüchtlinge sich schon in Baden-Württemberg aufhalten, sich aber noch nicht registrieren ließen?

25.4.2024

Rupp AfD

Begründung

Rückfrage zu Drucksache 17/2118, welche einen groben Überblick über das Migrationsgeschehen ukrainischer Staatsangehöriger nach Baden-Württemberg gegeben hat. Diese Kleine Anfrage soll den Umfang der Einreisen mit falschen Dokumenten, vorsätzlichem Sozialmissbrauch und das Handeln der Landesregierung in diesem Zusammenhang beleuchten.